

BÜNDNIS BEZAHLBARE MIETEN NEUKÖLLN



RECHT AUF WOHNEN • BEZAHLBARE MIETEN FÜR ALLE

Das Recht auf Wohnen und auf bezahlbaren Wohnraum ist ein Teil der Menschenwürde.

KANDIDATENBEFRAGUNG ZUR BUNDESTAGSWAHL DIENSTAG, 5.9.2017 UM 19 UHR

in der MANEGE, Rütlistr. 1, 12045 Berlin-Neukölln

Es diskutieren mit Sylvia Hoehne-Killewald/Mieterberatung Prenzlauer Berg und dem Publikum:
Judith Benda/DIE LINKE, Dr. Fritz Felgentreu/SPD, Markus Jensen/FDP,
Susanna Kahlefeld/B90/Grüne und Christina Schwarzer/CDU

Themen:

- Steigende Mieten führen zur Vertreibung aus dem Kiez > Bezahlbare Wohnungen fehlen!
- Mietenexplosion bei Wiedervermietung, Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen
> Wie müssen Mietspiegel, Mietpreisbremse und Milieuschutz geändert werden?
- Neue renditeorientierte Eigentümer: Wie können diese aus dem Markt gedrängt und sozial orientierte Investoren gewonnen werden?
- Unbezahlbare Mieten nach Modernisierung von Wohnungen
> Wann wird die Modernisierungsumlage abgeschafft?
- FeWos und Kneipen verdrängen Mietwohnungen, Kiezläden und soziale Einrichtungen
> Was hilft effektiv gegen Zweckentfremdung und dem Verlust an Infrastruktur?
- Mieter organisieren sich und verlangen einen besseren Mieterschutz
> Wie können Mieterrechte und ein Mitwirkungsrecht bei den Entscheidungen der Wohnungsbau-Gesellschaften durchgesetzt werden?

Wir fordern die PolitikerInnen auf, ihre Verantwortung in Bund, Land und Bezirk wahrzunehmen!

Das BÜNDNIS BEZAHLBARE MIETEN NEUKÖLLN ist ein Zusammenschluss von Nachbar_innen, Kiezinitiativen, Mieter_innenorganisationen, Quartiersräten und Parteienvertreter_innen und seit dem Frühjahr 2013 aktiv.

Infos und Termine unter: www.mietenbuendnis.de

WERDEN SIE AKTIV! MACHEN SIE MIT! INFORMIEREN SIE IHRE NACHBAR_INNEN!

Wir fordern von der Bundesregierung:

1. **Mietpreisbremse** verbessern (Eigentümer muss die Vormiete nennen, Abschaffung der Ausnahmen für umfassende Modernisierung)
2. Rechtssicherheit für die Erstellung des **qualifizierten Mietspiegels** verbessern (Einbeziehen der Mieten der letzten 10 Jahre)
3. Bei den gesetzlichen Regelungen auf Bundesebene die **vermieterfreundlichen Ausnahmen streichen** (Streichung der Genehmigung der Umwandlung in Eigentumswohnungen bei Kaufangebot an die Mieter in den nächsten 7 Jahren, kommunales Vorkaufsrecht bei Spekulationshäusern auch bei Zwangsversteigerungen)
4. Bei Immobilienverkäufen die **Grunderwerbssteuer auf Share Deals ausdehnen** (keine Befreiung bei Anteilsverkäufen von Gesellschaftsanteilen unterhalb von 95%)
5. Die jetzige **Umlage von 11% der Modernisierungskosten abschaffen** (Energetische Sanierung warmmietenneutral)
6. **Schutz kleiner inhabergeführter Gewerbe einführen** (z. B. Ergänzung Soziale Erhaltungssatzung § 172 BauGB).
7. **Vorzeitiges Herauskaufen aus Bindung im Sozialen Wohnungsbau** untersagen (Rechtsmittel gegen private Immobilienkonzerne durchsetzen)
8. Öffentliche Förderung Mietwohnungsbau nur bei **dauerhafter Sozialbindung** gewähren (Landeseigene Wohnungsbaugesellschaften bevorzugen)
9. **Mieterrechte**, insbes. Kündigungsschutz erweitern (Abwendung fristgerechter Kündigung nach beglichenen Mietschulden sowie bei unverschuldeten Mietrückständen)
10. **Mietübernahme durch Jobcenter an tatsächliche Miethöhen anpassen** (Mietspiegelmittelwerte aus mittlerer Wohnlage sind zulässig)